

Antrag auf Ausstellung einer Verpflichtungserklärung

gemäß § 68 i. V. m. §§ 66 f. AufenthG

Angaben zu Antragsteller*in (Verpflichtungsgeber*in):

Name		Vorname(n)		Geschlecht
Geburtsdatum	Geburtsort		Staatsangehörigkeit	
Adresse (PLZ Ort, Straße, Hausnr.)				
Telefon			E-Mail	
☐ Reisepass Nr.:			☐ Personalausweis Nr.:	

Ehepartner*in / eingetragene*r Lebenspartner*in des/der Antragsteller*in:

Name	Vorname(n)	Geburtsdatum	☐ Schule/Studium ☐ Erwerbstätigkeit, mtl. Einkommen: €
------	------------	--------------	---

Kinder des/der Antragsteller*in:

Name	Vorname(n)	Geburtsdatum	☐ Schule/Studium ☐ Erwerbstätigkeit, mtl. Einkommen: €
Name	Vorname(n)	Geburtsdatum	☐ Schule/Studium ☐ Erwerbstätigkeit, mtl. Einkommen: €

Name	Vorname(n)	Geburtsdatum	☐ Schule/Studium ☐ Erwerbstätigkeit, mtl. Einkommen: €
Name	Vorname(n)	Geburtsdatum	☐ Schule/Studium ☐ Erwerbstätigkeit, mtl. Einkommen: €

Ich bin folgenden weiteren Personen zum Unterhalt verpflichtet:

(auch Personen außerhalb des eigenen Haushalts, z. B. frühere Ehegatten / Lebenspartner, Eltern, andere Verwandte, usw.)

Name	Vorname(n)	Geburtsdatum	☐ Schule/Studium ☐ Erwerbstätigkeit, mtl. Einkommen: €
Name	Vorname(n)	Geburtsdatum	☐ Schule/Studium ☐ Erwerbstätigkeit, mtl. Einkommen: €

Angaben zur finanziellen Leistungsfähigkeit des/der Antragsteller*in:

Ich erziele Einkommen aus ☐ unselbständiger Erwerbstätigkeit ☐ selbständiger Erwerbstätigkeit ☐ Sonstiges (Miete, Rente, usw.): _____ Beruf: Arbeitgeber:

Haben Sie Darlehens- oder Hypothekenverpflichtungen oder sonstige Schulden?

☐ Nein ☐ Ja, monatlich i. H. v. _____ €

Beziehen Sie Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII (insb. Jobcenter, Sozialamt)?

☐ Nein ☐ Ja

Die Verpflichtungserklärung soll abgegeben werden für (Verpflichtungsnehmer*in):

Name		Vorname(n)		Geschlecht
Geburtsdatum	Geburtsort		Staatsangehörigkeit	
Adresse des/der Verpflichtungsnehmer*in im Ausland				
Reisepass Nr.:				
(Verwandtschafts-) Verhältnis zum / zur Antragsteller*in:				
Aufenthaltsgrund:				
☐ Besuch ☐ Geschäftsreise ☐ Familiennachzug ☐ Sonstiges: _____				
Voraussichtlicher Tag der Einreise:		Geplante Aufenthaltsdauer:		
Unterkunft für die Zeit des Aufenthalts (nur anzugeben, wenn abweichend von Antragsteller*in):				

sowie für folgende(n) Ehegatten/Ehegattin und minderjährige Kinder:

Name	Vorname(n)	Geburtsdatum	Geschlecht
Name	Vorname(n)	Geburtsdatum	Geschlecht
Name	Vorname(n)	Geburtsdatum	Geschlecht
Name	Vorname(n)	Geburtsdatum	Geschlecht
Name	Vorname(n)	Geburtsdatum	Geschlecht

Hiermit beantrage ich die Ausstellung einer Verpflichtungserklärung für o. g. Zweck.

Ich versichere, vorstehende Angaben nach bestem Wissen und Gewissen zutreffend und vollständig gemacht zu haben. Unrichtige oder unvollständige Angaben sind strafbar gemäß §§ 95 f. AufenthG und werden entsprechend geahndet.

Das Merkblatt zur Verpflichtungserklärung habe ich gelesen und verstanden. Die Bedeutung und der Umfang der Verpflichtung, die ich hiermit eingehe, sind mir bewusst.

Ich wurde darauf hingewiesen, dass meine Daten gemäß § 69 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe g) AufenthG und ggf. gemäß Art. 9 Nr. 4 Buchstabe f) i. V. m. Art. 23 Abs. 1 VIS-VO in der Visadatei gespeichert werden.

Mir ist bekannt, dass durch die Antragstellung in jedem Fall - auch bei Ablehnung - eine Gebühr i. H. v. 29,00 € anfällt.

Ort, Datum

Unterschrift Antragsteller*in

Folgende Unterlagen sind beizufügen:

1. Personalausweis / Reisepass Antragsteller*in (in Kopie)
2. Reisepass aller Verpflichtungsnehmer*innen (in Kopie)
3. unterschriebenes Merkblatt *"Erklärung des Verpflichtungserklärenden vor der Ausländerbehörde zur Abgabe der Verpflichtungserklärung"* (im Original)
4. Aktuelle und aussagekräftige Einkommensnachweise der letzten drei Monate (in Kopie)
 - ☐ drei Lohnabrechnungen
 - ☐ Einkommensteuerbescheid und aktuelle Gewinn- und Verlustrechnung (bei Selbständigkeit)
 - ☐ Rentenbescheid
 - ☐ Nachweise über weiteres erzieltetes Einkommen (z. B. Mietvertrag, Girokontoauszüge)

Ausländerbehörde: Stadt Hof, Karolinenstr. 40, 95028 Hof

**Erklärung des Verpflichtungserklärenden vor der Ausländerbehörde
zur Abgabe der Verpflichtungserklärung**

vom:

Nr.:

„Ich bestätige, vor Abgabe der Verpflichtungserklärung auf folgende Punkte ausdrücklich hingewiesen worden zu sein:

1. Umfang der eingegangenen Verpflichtungen

Die Verpflichtung umfasst die Erstattung sämtlicher öffentlicher Mittel, die für den Lebensunterhalt eines Ausländers einschließlich der Versorgung mit Wohnraum sowie der Versorgung im Krankheitsfall und bei Pflegebedürftigkeit aufgewendet werden, z. B. Kosten für Ernährung, Bekleidung, Wohnraum (privat, im Hotel oder in einer durch öffentlich-rechtlichen Träger gestellten Unterkunft) sowie Kosten für Arzt, Medikamente, Krankenhaus, Pflegeheim oder sonstige medizinisch notwendige Behandlungen. Dies gilt auch, soweit die Aufwendungen auf einem gesetzlichen Anspruch des Ausländers beruhen, im Gegensatz zu Aufwendungen, die auf einer Beitragsleistung beruhen. Aus den genannten Gründen empfiehlt sich der Abschluss einer Krankenversicherung.

Der Verpflichtungserklärende hat im Krankheitsfall auch für die Kosten aufzukommen, die nicht von einer Krankenkasse übernommen werden bzw. die über der Versicherungssumme der Krankenversicherung liegen. Das Vorliegen ausreichenden Krankenversicherungsschutzes wird unabhängig von der Abgabe einer Verpflichtungserklärung im Rahmen des Visumverfahrens geprüft und ist eine Voraussetzung für die Visumerteilung.

Die Verpflichtung umfasst auch die Kosten einer möglichen zwangsweisen Durchsetzung der Ausreiseverpflichtung nach §§ 66, 67 AufenthG. Derartige Abschiebungskosten sind z. B. Reisekosten (Flugticket und/oder sonstige Transportkosten), evtl. Kosten einer Sicherheitsbegleitung sowie Kosten der Abschiebungshaft.

2. Dauer der eingegangenen Verpflichtungen

Die aus der Verpflichtungserklärung resultierende Verpflichtung erstreckt sich unabhängig von der Dauer des zugrunde liegenden Aufenthaltstitels auf den Aufenthaltszeitraum von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt der Einreise oder bei bereits im Bundesgebiet aufhältigen Ausländern ab Erteilung des Aufenthaltstitels im Bundesgebiet und schließt auch Zeiträume eines möglichen illegalen Aufenthalts ein.

Die Verpflichtung endet vor Ablauf von fünf Jahren mit dem Ende des vorgesehenen Gesamtaufenthaltes oder dann, wenn der ursprüngliche Aufenthaltszweck durch einen anderen ersetzt und dafür ein neuer Aufenthaltstitel erteilt wurde. Die Verpflichtung erlischt nicht vor Ablauf des Zeitraums von fünf Jahren, wenn ein Asylverfahren angestrengt wird. Dies gilt auch dann, wenn das Asylverfahren mit der Asylanerkennung, der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder des subsidiären Schutzes positiv abgeschlossen bzw. wenn ein Aufenthaltstitel nach Abschnitt 5 des Kapitels 2 des Aufenthaltsgesetzes erteilt wird.

Für Kosten, die durch die Durchsetzung einer räumlichen Beschränkung, die Zurückweisung, Zurückschiebung oder Abschiebung entstehen (vgl. § 66 Abs. 1 AufenthG), haftet der Verpflichtungserklärende zeitlich unbegrenzt.

3. Vollstreckbarkeit

Für die aufgewendeten öffentlichen Mittel besteht ein öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch. Dieser wird durch Leistungsbescheid geltend gemacht. Der Erstattungsanspruch kann im Wege der Vollstreckung zwangsweise beigetrieben werden.

4. Freiwilligkeit der Angaben

Alle von mir gemachten Angaben und Nachweise beruhen auf Freiwilligkeit. Mir ist dabei bewusst, dass eine Verpflichtungserklärung unbeachtlich ist, wenn aufgrund fehlender Angaben die Bonität nicht geprüft werden kann.

Ich wurde belehrt, dass unrichtige und unvollständige Angaben strafbar sein können (z.B. bei vorsätzlichen, unrichtigen oder unvollständigen Angaben, vgl. § 95 AufenthG – Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe).

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten gemäß § 69 Abs. 2 Nummer 2 lit. g AufenthV und ggf. Art. 9 Nr. 4 lit. f) i.V.m. Art. 23 Abs. 1 VIS-VO gespeichert werden.

Ich wurde darauf hingewiesen, dass zusätzlich zur Vorlage des Originals eine Ablichtung der Verpflichtungserklärung bei der Auslandsvertretung abzugeben ist und somit vor Antragstellung eine Kopie gefertigt werden sollte.

Weiterhin bestätige ich, zu der Verpflichtung auf Grund meiner wirtschaftlichen Verhältnisse in der Lage zu sein und erkläre, dass ich keine weiteren Verpflichtungen eingegangen bin, die die Garantiewirkung der aktuellen Verpflichtungserklärung gefährden.“

Ich bestätige mit meiner Unterschrift, dass ich den Inhalt dieser Belehrung verstanden und einen Abdruck davon erhalten habe.

Unterschrift Verpflichtungsgeber*in:

.....

Ort, Datum

.....

Name, Vorname